

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 22.01.2015

Zu TOP : 9.5

Fristverlängerung für Entscheidungen der Bürgerschaft zur Zukunft des Theaters

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: AN 0013/2015

Frau Fechner weist darauf hin, dass die Fraktionen der CDU/FDP und der Linken offenen Liste diesen Antrag unterstützen. Frau Fechner begründet den Antrag damit, dass ein entsprechender Ausschuss erst gebildet werden und sich anschließend einen Überblick verschaffen muss.

Frau Kindler beantragt Rederecht für Prof. Dr. Vorwold von der Bürgerinitiative „Theater leben“.

Frau Dr. Stahlberg beantragt die Verweisung in den zeitweiligen Ausschuss zur Neustrukturierung der Theater Vorpommern GmbH. Dort könne Rederecht eingeräumt werden.

Herr Hofmann schließt sich den Worten von Frau Dr. Stahlberg an. Das Rederecht sollte im Ausschuss gewährt werden.

Frau Müller ist der Meinung, dass jedes Bürgerschaftsmitglied und jeder Bürger das Recht hat, Herrn Prof. Dr. Vorwold anzuhören und bittet um Unterstützung bei dem Antrag auf Rederecht.

Herr Paul weist darauf hin, dass jedes Bürgerschaftsmitglied das Recht hat, an Ausschusssitzungen teilzunehmen.

Frau Kindler teilt die Ansicht von Frau Müller und appelliert an die Mitglieder Herrn Prof. Dr. Vorwold zu hören. Er übe sein Amt ehrenamtlich aus. Dies sei zu unterstützen.

Frau Bartel stimmt dem Verweisungsantrag zu. Das Rederecht sollte im Ausschuss wahrgenommen werden.

Herr Adomeit plädiert für das Rederecht und gibt die Außenwirkung dieser Bürgerschaftsentscheidung zu bedenken.

Frau Dr. Stahlberg ist der Ansicht, dass der neu zu bestimmende Ausschuss nicht übergangen werden sollte. Das Rederecht sollte im Fachausschuss gewährt werden.

Frau Fechner schlägt vor, dass Herrn Prof. Dr. Vorwold sofortiges Rederecht eingeräumt wird, ebenfalls im zeitweiligen Ausschuss zur Neustrukturierung der Theater Vorpommern GmbH.

Herr Quintana Schmidt möchte Rederecht einräumen, da alles vorbereitet ist und der Redner bereits vor Ort ist.

Der Präsident stellt den Antrag zur Einräumung des Rederechts zur Abstimmung:

Mehrheitlich abgelehnt

In der weiteren Beratung zum Antrag spricht sich Herr Haack im Namen der Fraktion BfS/AfD gegen den Antrag aus und begründet dies ausführlich.

Herr Rickmann stimmt auch für eine Verweisung des Antrages in den zeitweiligen Ausschuss des Theater Vorpommerns. Es müssen Zahlen und Fakten erbracht werden, die dann im Ausschuss tiefgründig analysiert werden.

Herr Jungnickel gibt zu bedenken, dass seines Wissens die Frist am 28.02.2015 abläuft. Eine Verschiebung auf die nächste Bürgerschaftssitzung wäre zu spät.

Herr Bauschke verdeutlicht, dass die Zeit drängt und sich jetzt die Möglichkeit biete eine Fristverlängerung zu beantragen. Die Ausschussarbeit ist sehr wichtig. Die verbleibende Zeit könnte für den Ausschuss nicht ausreichen.

Herr Hofmann befürwortet, im Namen der Fraktion, den Antrag auf Verweisung.

Frau Müller begründet die einzuhaltenden Fristen. Die Frist für das Theater Vorpommern läuft am 28.02.2015 ab. Eine Verweisung in den Ausschuss ist nicht sinnvoll.

Der Präsident stellt den Antrag auf Verweisung der Beratung in den zeitweiligen Ausschuss zur Neustrukturierung der Theater Vorpommern GmbH zur Abstimmung:

Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend stellt der Präsident den vorliegenden Antrag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt beim Land auf eine angemessene Fristverlängerung für Entscheidungen zur Zukunft des Theaters hinzuwirken.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2015-VI-01-0152

für die Richtigkeit der Angaben: i.A. Lotzow/Sitzungsdienst

Stralsund, 27.08.2015